

Toskana macht Geschichte: Erster Schritt zur Legalisierung der Sterbehilfe!

Die Toskana legalisiert als erste italienische Region Sterbehilfe; Gesetz regelt Antragsverfahren und Unterstützung für Patienten.

Toskana, Italien - Im historischen Schritt hat die Toskana als erste Region in Italien ein Gesetz zur Regelung der medizinisch assistierten Suizidbeihilfe verabschiedet. Am Dienstagabend stimmte der Regionalrat mit 27 zu 13 Stimmen für den Gesetzesvorschlag, der klare Richtlinien und Zeitrahmen für den Zugang zu diesem sensiblen Verfahren festlegt, wie **Kathpress** berichtete. Demnach dürfen maximal 37 Tage nach Antragstellung vergehen, bis ein Patient die Möglichkeit erhält, seinen selbstgewählten Tod in Anspruch zu nehmen, sofern alle Voraussetzungen erfüllt sind. Die Toskana hebt damit die Bedeutung des Zugangs zu assistierter Sterbehilfe hervor, insbesondere in einem Land, das bislang mit dem Fehlen eines nationalen Gesetzes zu diesem Thema kämpft. Innerhalb von 60 Tagen könnte die italienische Regierung das Gesetz jedoch vor das Verfassungsgericht bringen.

Prozedur und medizinische Aufsicht

Das neue Gesetz verpflichtet ein medizinisches Gremium dazu, Anträge innerhalb von 30 Tagen zu prüfen. Wird der Antrag bewilligt, muss der regionale Gesundheitsdienst binnen zehn Tagen die entsprechenden Medikamente bereitstellen. Ärzte haben jedoch das Recht, aus moralischen Gründen abzulehnen, am Eingriff teilzunehmen. Kardinal Augusto Paolo Lojudice, Vorsitzender der Toskanischen Bischofskonferenz, kritisierte das

Gesetz vehement und bezeichnete es als „Niederlage für alle“, so **Nau**. Die katholischen Bischöfe betonen, dass sie trotz dieser Entscheidung weiterhin für das Leben eintreten werden.

Obwohl das italienische Verfassungsgericht 2019 die assistierte Selbsttötung unter bestimmten Umständen legalisierte, warten viele auf die nationalen Gesetze, um klare Richtlinien zu schaffen. Das Fehlen eines einheitlichen Rahmens hat die Pro-Euthanasie-Vereinigung „Luca Coscioni“ dazu veranlasst, für eine umfassendere Gesetzgebung zu kämpfen, und das nun verabschiedete Gesetz soll als Vorlage für andere Regionen dienen, während der Druck auf die nationale Politik weiterhin hoch bleibt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Toskana, Italien
Quellen	• www.kathpress.at • www.nau.ch

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at